

Praxis der Strafverteidigung

Bosbach/Ackermann/Caba

# Verteidigung im Ermittlungsverfahren

9. Auflage



C.F. Müller

# **Verteidigung im Ermittlungsverfahren**

Begründet von

**Justizrat Dr. Matthias Weihrauch**

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Kaiserslautern

bis 6. Auflage

Weitergeführt von

**Dr. Jens Bosbach**

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht und Fachanwalt für  
Steuerrecht, München

ab der 7. Auflage

**Julian Ackermann**

Rechtsanwalt, München

ab der 9. Auflage

**Dr. Jan Caba**

Rechtsanwalt, München

ab der 9. Auflage

9., neu bearbeitete Auflage



C.F. Müller

[www.cfmuller.de](http://www.cfmuller.de)

# **Herausgeber**

## **Praxis der Strafverteidigung Band 3**

Begründet von

Rechtsanwalt Dr. Josef Augstein (†), Hannover (bis 1984)

Prof. Dr. Werner Beulke, Passau (bis 2022)

Prof. Dr. Hans-Ludwig Schreiber (†), Göttingen (bis 2008)

Herausgegeben von

Prof. Dr. Charlotte Schmitt-Leonardy, Bielefeld

Rechtsanwalt Prof. Dr. Dr. Alexander Ignor, Berlin

Schriftleitung

Rechtsanwalt (RAK Berlin und RAK Wien) Dr. Felix

Ruhmannseder, Berlin/Wien

## **Autoren**

*Dr. Jens Bosbach* ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht sowie Fachanwalt für Steuerrecht in München.  
Kontakt: [Jens.Bosbach@pfordtebosbach.de](mailto:Jens.Bosbach@pfordtebosbach.de)

*Julian Ackermann* ist Rechtsanwalt in München.  
Kontakt: [Julian.Ackermann@pfordtebosbach.de](mailto:Julian.Ackermann@pfordtebosbach.de)

*Dr. Jan Caba* ist Rechtsanwalt in München.  
Kontakt: [j.caba@bm-partner.com](mailto:j.caba@bm-partner.com)

# Impressum

Bibliografische Information der Deutschen  
Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-8114-5764-5

E-Mail: [kundenservice@cfmueller.de](mailto:kundenservice@cfmueller.de)

Telefon: +49 6221 1859 599

Telefax: +49 6221 1859 598

[www.cfmueller.de](http://www.cfmueller.de)

© 2022 C.F. Müller GmbH, Waldhofer Straße 100, 69123  
Heidelberg

## **Hinweis des Verlages zum Urheberrecht und Digitalen Rechtemanagement (DRM)**

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist  
urheberrechtlich geschützt. Der Verlag räumt Ihnen mit dem  
Kauf des e-Books das Recht ein, die Inhalte im Rahmen des  
geltenden Urheberrechts zu nutzen.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des  
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages  
unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für

Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und  
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen  
Systemen.

Der Verlag schützt seine e-Books vor Missbrauch des  
Urheberrechts durch ein digitales Rechtemanagement.  
Angaben zu diesem DRM finden Sie auf den Seiten der  
jeweiligen Anbieter.

## Vorwort der Herausgeber

Das Buch „Verteidigung im Ermittlungsverfahren“ gehört zu den Klassikern der Verteidigungsliteratur, mit denen vor über 30 Jahren die Reihe „Praxis der Strafverteidigung“ ihren Anfang nahm. Die Pionierarbeit leistete Rechtsanwalt Justizrat *Dr. Matthias Weihrauch*, der das Buch bis zur 6. Auflage betreute, gefolgt von Rechtsanwalt *Dr. Jens Bosbach*. An der vorliegenden 9. Auflage haben zudem Rechtsanwalt *Julian Ackermann* und Rechtsanwalt *Dr. Jan Caba*, LL.M mitgewirkt.

Das Werk beruht auf der Einsicht, dass Strafverteidigung nur dann effektiv ist, wenn sich die verteidigende Person von Anfang an im Rahmen ihrer Möglichkeiten in das Strafverfahren einbringt. Das gilt auch und gerade dann, wenn eine Hauptverhandlung unvermeidlich erscheint. Wer die rechtlichen Möglichkeiten der Verteidigung im Ermittlungsverfahren nicht ausschöpft, seiner Mandantschaft falsche Ratschläge erteilt, sich bei Prozesshandlungen unklug verhält oder gegenüber Strafverfolgungsorganen nicht den richtigen Ton anschlägt, begeht Fehler, die später oftmals nicht mehr korrigiert werden können. Insbesondere die Möglichkeiten, mit den Strafverfolgungsorganen zu Verständigungen und Absprachen zu gelangen, sind im Ermittlungsverfahren vielfältiger als im Hauptverfahren, wo der Gesetzgeber und die Rechtsprechung insoweit hohe Hürden aufstellt haben. Zu den großen Vorzügen des Buches gehört, dass es immer wieder und speziell in Teil 5 ([Rn. 267 ff.](#)) das breite Spektrum der möglichen Verteidigungsstrategien im Ermittlungsverfahren, deren Ziele und Methoden ausführlich aufzeigt.

Das Buch ist ferner hervorragend geeignet, sich systematisch die für eine effektive Verteidigung im Ermittlungsverfahren notwendigen Kenntnisse des einschlägigen Rechts zu verschaffen, das in der StPO vielfach kompliziert und unübersichtlich und dabei nicht einmal vollständig geregelt ist. So erläutert Teil 4 (Rn. 168 ff.) die rechtlichen Möglichkeiten der Verteidigung, sich die unentbehrlichen Informationen über den Verfahrensgegenstand und den diesbezüglichen Stand der Ermittlungen zu verschaffen. Teil 6 (Rn. 432 ff.) stellt übersichtlich die zahlreichen, vom Gesetzgeber ständig erweiterten Zwangsmaßnahmen dar, deren formelle und materielle Anforderungen im Einzelnen höchst unterschiedlich sind. Ferner werden die diesbezüglichen Rechtsschutzmöglichkeiten präsentiert, deren Wahrnehmung die Verteidigung stets sorgfältig zu prüfen hat. Insoweit wurden gegenüber der Voraufgabe vor allem die Darstellungen der Beschlagnahme zur Sicherung der späteren Vermögenseinziehung in den §§ 111b ff. StPO (Rn. 543 ff.) sowie der verdeckten IT-Durchsuchung mittels sog. Trojaner (Rn. 676 ff.) erweitert. Auch die Ausführungen zur ständig bedeutsamer werdenden Strafverfolgung auf europäischer Ebene nehmen jetzt breiteren Raum ein (Rn. 706 ff.).

Eine gründliche Überarbeitung und Ausweitung hat vor allem die Darstellung der Pflichtverteidigung erfahren, der jetzt ein eigener Teil gewidmet ist (Rn. 49 ff.). Hierfür gaben u.a. die gesetzlichen Neuregelungen im Jahre 2019 Anlass (vgl. Rn. 56). Überhaupt berücksichtigt die Neuauflage die zahlreichen Neuerungen der StPO der letzten Jahre, namentlich durch das Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens vom 10.12.2019 und durch das Gesetz zur

Fortentwicklung der StPO und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25.6.2021. Für jede und jeden, die/der sich zum Zwecke der Verteidigung im Ermittlungsverfahren im allgemeinen und über den neuesten Stand der einschlägigen Verfahrensvorschriften in besonderen in Kenntnis setzen wollen, ist das Buch hervorragend geeignet.

Im April 2022

Bielefeld

Berlin

*Charlotte Schmitt-Leonardy*

*Alexander Ignor*

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Einleitung

Teil 1 Die Übernahme des Mandats

I. Rechtlicher Charakter des Mandatsverhältnisses 2 - 5

II. Freiheit in der Mandatsübernahme 6 - 20

1. Persönliche Eigenheiten 7 - 10

2. Gesetzliche Vorschriften 11 - 15

3. Berufsrechtliche Grundsätze 16 - 18

4. Das Institut der Pflichtverteidigung 19, 20

III. Die Verteidigung von Unternehmen und Unternehmensinteressen 21 - 23

1. Die Verteidigung von Unternehmen 21

2. Besondere Anforderungen und Komplexität der Materie/Mitarbeitervertretung/Zeugenbegleitung 22, 23

IV. Die Form der Mandatsübernahme 24 - 33

1. Die Beauftragungssituation 24 - 26

2. Die schriftliche Vollmacht 27 - 30

3. Vergütungsfragen 31

4. Die schriftlichen Mandatsbedingungen 32, 33

V. Das Berufsrisiko des Strafverteidigers 34 - 48

1. Besondere strafrechtliche Risiken 36 - 43

a) § 258 StGB 37, 38

b) § 203 StGB 39, 40

c) § 356 StGB 41

d) §§ 185 ff. StGB 42

e) § 261 StGB 43

2. Vorgaben des GWG 44

3. Zivilrechtliche Risiken 45 – 48

## Teil 2 Pflichtverteidigung

I. Grundsätzliches zum Institut der Pflichtverteidigung  
50 – 56

1. Begriff und Bedeutung 51 – 53

2. Übernahme von Pflichtmandaten durch den  
Verteidiger 54, 55

3. Neuregelung im Jahr 2019 56

II. Fälle der notwendigen Verteidigung 57 – 86

1. Anwendungsbereich des § 140 StPO 58

2. Katalog des § 140 Abs. 1 StPO 59 – 70

a) Nr. 1: Voraussichtliche Hauptverhandlung im ersten  
Rechtzug vor dem Schöffengericht, dem LG oder dem OLG  
60

b) Nr. 2: Verbrechensvorwurf 61

c) Nr. 3: Wahrscheinliches Berufsverbot 62

d) Nr. 4: Entscheidung über Haft oder einstweilige  
Unterbringung 63

e) Nr. 5: Haft oder sonstiger Freiheitsentzug 64

f) Nr. 6: Mögliche Unterbringung 65

g) Nr. 7: Voraussichtliches Sicherungsverfahren 66

h) Nr. 8: Ausschluss des bisherigen Verteidigers 67

i) Nr. 9: Beiordnung eines Rechtsanwalts für den  
Nebenkläger oder nebenklageberechtigten Verletzten 68

j) Nr. 10: Bedeutende richterliche Vernehmung 69

k) Nr. 11: Seh-, Hör- oder Sprachbehinderung des  
Beschuldigten 70

3. Generalklausel des § 140 Abs. 2 StPO 71 – 84
  - a) Schwere der Tat und der zu erwartenden Rechtsfolge 72 – 75
    - aa) Straferwartung von mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe 73, 74
    - bb) Sonstige Rechtsfolgen im oder außerhalb des Strafverfahrens 75
  - b) Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage 76 – 80
    - aa) Schwierige Sachlage 77, 78
    - bb) Schwierige Rechtslage 79, 80
  - c) Ersichtliche Unfähigkeit des Beschuldigten, sich selbst zu verteidigen 81 – 84
4. Ergänzende Vorschriften 85, 86
- III. Bestellung des Pflichtverteidigers 87 – 106
  1. Arten der Bestellung 88 – 96
    - a) Bestellung auf Antrag des Beschuldigten (§ 141 Abs. 1 StPO) 89 – 92
      - aa) Voraussetzungen 90, 91
      - bb) Zeitpunkt der Bestellung 92
    - b) Bestellung von Amts wegen (§ 141 Abs. 2 StPO) 93 – 96
      - aa) Fälle 94, 95
      - bb) Zeitpunkt der Bestellung 96
  2. Verfahren 97 – 100
    - a) Antragstellung 98
    - b) Zuständiges Gericht 99
    - c) Eilzuständigkeit der Staatsanwaltschaft 100
  3. Auswahl des Pflichtverteidigers 101 – 104
    - a) Bestellung des bezeichneten Verteidigers 102

- b) Ablehnung des bezeichneten Verteidigers 103
  - c) Auswahl eines nicht bezeichneten Verteidigers 104
- 4. Rechtsmittel 105
- 5. Sonderfall der rückwirkenden Bestellung 106
- IV. Durchführung der Pflichtverteidigung 107 - 110
  - 1. Besonderheiten gegenüber der Wahlverteidigung 108
    - 2. Umfang 109
    - 3. Sicherungsverteidigung 110
  - V. Beendigung der Pflichtverteidigung 111 - 120
    - 1. Einstellung oder Rechtskraft 112
    - 2. Fortfall der notwendigen Verteidigung 113
    - 3. Verteidigerwechsel 114 - 118
      - a) Mandatierung eines Wahlverteidigers 115
      - b) Auswechslung des Pflichtverteidigers 116 - 118
    - 4. Wegfall der speziellen Voraussetzungen der Sicherungsverteidigung 119
    - 5. Ablehnung durch den Verteidiger 120
- Teil 3 Die ersten Tätigkeiten des Verteidigers
  - I. Die Tätigkeiten nach innen 121 - 144
    - 1. Das allererste Gespräch 122 - 125
    - 2. Das erste Gespräch 126 - 144
  - II. Die Tätigkeiten nach außen 145 - 167
    - 1. Das Bestellungsschreiben 146 - 161
    - 2. Der Griff zum Telefon 162
    - 3. Technische Maßnahmen 163 - 167
- Teil 4 Das Verschaffen von Informationen
  - I. Akteneinsicht 169 - 222

1. Grundsätzliches 170, 171
2. Gegenstand der Akteneinsicht 172 - 182
3. Gewährung der Akteneinsicht 183 - 193
4. Die elektronische Akte 194
5. Versagung der Akteneinsicht 195 - 202
6. Umgang mit den Akten 203 - 208
7. Auswertung der Akteneinsicht 209 - 219
8. Verschiedenes 220 - 222
- II. Unterredung mit dem Mandanten 223
- III. Eigene Ermittlungen 224 - 253
  1. Die rechtliche Zulässigkeit 225 - 227
  2. Die praktische Notwendigkeit 228 - 230
  3. Die tatsächliche Handhabung 231 - 235
  4. Die Befragung von Zeugen 236 - 252
  5. Die Verwertung der Erkenntnisse 253
- IV. Der Austausch mit anderen Verteidigern 254 - 256
- V. Die Tätigkeit des Strafverteidigers bei der Verteidigung von Unternehmen und Vertretung von Unternehmensinteressen 257 - 266
  1. Die strategische Ausrichtung der Beratung 259
  2. Firmeninterne Aufklärung und eigene Ermittlungen bei Vertretung und Verteidigung von Unternehmen 260 - 262
  3. Die Befragung von Mitarbeitern und potentiellen Zeugen 263 - 265
  4. Verwertung der Erkenntnisse 266
- Teil 5 Die Verteidigungsstrategie
  - I. Das Ziel 268 - 287
    1. Einstellung des Verfahrens 269 - 282

2. Erlass eines Strafbefehls 283 - 286
3. Vorbereitung der Hauptverhandlung 287
- II. Die Methode der Strategie 288 - 426
  1. Verfahrensverzögerung 289 - 293
  2. Schweigen des Beschuldigten 294 - 302
  3. Einlassung des Beschuldigten 303 - 333
    - a) Die persönliche Einvernahme des Beschuldigten und die Videoaufzeichnung 304
    - b) Die Videovernehmung des Beschuldigten in räumlich getrennten Situationen 305
    - c) Polizeiliche Vernehmung 306 - 325
    - d) Staatsanwaltschaftliche Vernehmung 326, 327
    - e) Richterliche Vernehmung 328
    - f) Schriftliche Äußerung 329 - 333
  4. Beantragung von Ermittlungen 334 - 337
  5. Teilnahme an Ermittlungen 338 - 348
  6. Kontakte mit dem Geschädigten 349 - 365
    - a) Ziele der Kontaktaufnahme 350 - 357
    - b) Die Art und Weise der Kontaktaufnahme 358 - 360
    - c) Der richtige Zeitpunkt der Kontaktaufnahme 361
    - d) Muster 362 - 365
  7. Gespräche mit dem Staatsanwalt 366 - 368
  8. Vereinbarungen mit dem Staatsanwalt 369 - 371
  9. Verteidigungsschrift 372 - 426
    - a) Verfahrenseinstellung gem. § 170 Abs. 2 StPO 381 - 386
    - b) Verfahrenseinstellung gem. § 153 StPO 387 - 399
    - c) Verfahrenseinstellung gem. § 153a StPO 400 - 418

d) Antrag auf Erlass eines Strafbefehls 419 - 426

III. Der Umgang mit den Medien 427 - 431

Teil 6 Verteidigung gegen Zwangsmaßnahmen

I. Die Durchsuchung (§§ 102 ff. StPO) 434 - 497

1. Praktische Hinweise zur Durchsuchung 434 - 441

2. Allgemeines zur Durchsuchung 442, 443

3. Die Durchsuchungsobjekte 444 - 449

4. Geschützte Durchsuchungsbereiche 450, 451

5. Die materiellen Voraussetzungen für die Durchsuchungsanordnung 452 - 463

a) Die Durchsuchung nach § 102 StPO 453 - 455

b) Die Durchsuchung nach § 103 StPO 456 - 463

6. Die formellen Voraussetzungen für die Durchsuchungsanordnung 464 - 474

a) Die richterliche Anordnung der Durchsuchung und die Eilkompetenz nichtrichterlicher Organe 465 - 472

b) Die stillschweigende Anordnung der Durchsuchung durch andere Maßnahmen und das Einverständnis des Betroffenen 473, 474

7. Der Vollzug der Durchsuchungsanordnung - Verteidigerverhalten 475 - 493

a) Durchsuchungen zur Nachtzeit 478

b) Bekanntgabe des Durchsuchungszwecks 479

c) Anwesenheitsrechte und Hinzuziehung von Personen 480 - 484

aa) Die Verfahrensbeteiligten 481

bb) Der Betroffene 482

cc) Die Durchsuchungszeugen 483

dd) Andere Personen als sachverständige Helfer

- d) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs 485, 486
- e) Die Durchsicht von Unterlagen nach § 110 StPO  
487 - 493
- 8. Das Durchsuchungsprotokoll und der Umgang mit  
den aufzufindenden und aufgefundenen Beweismitteln 494
- 9. Rechtsfolgen unrechtmäßiger Durchsuchungen -  
Verwertungsverbote 495, 496
- 10. Rechtsschutzmöglichkeiten 497
- II. Die Sicherstellung und die Beschlagnahme (§§ 94 ff.  
StPO) 498 - 542
  - 1. Die formellen Voraussetzungen der Beschlagnahme  
500
  - 2. Die materiellen Voraussetzungen der  
Beschlagnahme 501 - 537
    - a) Beweisgegenstände 502
    - b) Beweisbedeutung für das Ermittlungsverfahren  
503
    - c) Verhältnismäßigkeit 504 - 508
    - d) Die Beschlagnahmeverbote 509 - 537
      - aa) Die Regelung des § 97 StPO 510 - 528
      - bb) Ungeschriebene Beschlagnahmeverbote 529 -  
537
  - 3. Der Vollzug der Beschlagnahme 538 - 541
    - a) Das Beschlagnahme- und/oder  
Sicherstellungsverzeichnis 540
    - b) Beendigung der Beschlagnahme 541
  - 4. Die heimliche Beschlagnahme; Offenbarungsverbot  
542
- III. Die vorläufige Vermögenseinziehung (§§ 111b ff.  
StPO) 543 - 546

1. Einleitung 544
2. Ziel der Reform der Vermögensabschöpfung zum 01.07.2017 545
3. Wesentliche materiell-rechtliche Änderungen 546
- IV. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Durchsuchung und/oder Beschlagnahme 547 - 549
- V. Führerscheinmaßnahmen 550 - 559
  1. Allgemeines 551
  2. Voraussetzungen 552 - 554
  3. Muster 555 - 559
- VI. Vorläufiges Berufsverbot 560
- VII. Maßnahmen gegen die persönliche Freiheit 561
- VIII. Maßnahmen gegen die Person 562 - 618
  1. Maßnahmen zur Identifizierung und erkennungsdienstliche Behandlung (§§ 81b, 163b, 163c StPO) 563 - 572
    - a) Zulässige und unzulässige Maßnahmen 566 - 570
    - b) Verwendung der erhobenen Daten und Erkenntnisse 571
    - c) Rechtsschutz 572
  2. Identifizierungsgegenüberstellung (§ 58 Abs. 2 StPO) 573
  3. Körperliche Untersuchung (§ 81a StPO) 574 - 589
    - a) Die materiellen Anordnungsvoraussetzungen 576 - 580
    - b) Formellen Anordnungsvoraussetzungen 581, 582
    - c) Der Vollzug der Maßnahme nach § 81a StPO 583 - 586
    - d) Verwertungsverbote 587
    - e) Verwendungsverbot und Vernichtungsgebot 588

- f) Rechtsschutz 589
- 4. Molekulargenetische Untersuchung (DNA-Identifizierung, § 81e StPO) 590 - 597
  - a) Materielle Anordnungsvoraussetzungen 591 - 594
  - b) Formelle Anordnungsvoraussetzungen 595, 596
  - c) Rechtsschutz 597
- 5. Die DNA-Feststellung für zukünftige Strafverfahren (§ 81g StPO) 598 - 609
  - a) Materielle Anordnungsvoraussetzungen 602 - 606
  - b) Formelle Anordnungsvoraussetzungen 607, 608
  - c) Rechtsschutz 609
- 6. Die molekulargenetische Reihenuntersuchung (§ 81h StPO) 610, 611
- 7. Unterbringung zur Beobachtung (§ 81 StPO) 612 - 618
- IX. Überwachung von Personen durch Personen 619 - 632
  - 1. Allgemeines 619 - 626
    - a) Verdeckte Ermittler 622 - 625
    - b) Vertrauenspersonen 626
  - 2. Die polizeiliche Beobachtung (§ 163e StPO) 627, 628
  - 3. Die längerfristige Observation (§ 163f StPO) 629
  - 4. Kontrollstellen (§ 111 StPO) 630
  - 5. Die (Schlepp)Netzfahndung (§ 163d StPO) 631, 632
- X. Überwachung von Personen durch Angriffe auf Telekommunikationsvorgänge und -daten (§§ 100a ff. StPO) 633 - 675
  - 1. Allgemeines und Dogmatik 633 - 667
    - a) Der Begriff der Telekommunikation 638 - 646

- aa) Raumgespräche, Hintergrundgespräche und sonstige Geräusche im Hintergrund 641
- bb) E-Mail-Verkehr 642
- cc) Positions- und Standortmeldungen von Mobiltelefonen im Stand-by-Modus 643, 644
- dd) Der Schutz von Mailboxen 645
- ee) Der Bereich des Internets und der Internet-Telefonie 646
- b) Die materiellen Anordnungsvoraussetzungen 647 – 651
- c) Zielpersonen und Reichweite der Maßnahme 652 – 661
- d) Die formellen Überwachungsvoraussetzungen 662 – 664
- e) Der Vollzug der Telefonüberwachung 665, 666
- f) Rechtsschutz 667
- 2. Telekommunikationsbestandsdaten (§ 100j StPO) 668
- 3. Telekommunikationsverkehrsdaten (§ 100g StPO) 669 – 673
- 4. IMSI-Catcher (§ 100i StPO) 674, 675
- XI. Die verdeckte IT-Durchsuchung (Trojaner) 676 – 681
- XII. Überwachung von Personen durch andere technische Mittel 682 – 702
- 1. Fahndungsmaßnahmen (§§ 131 ff. StPO) 682
- 2. Die Rasterfahndung (§§ 98 a-c StPO) 683, 684
- 3. Bildaufnahmen und sonstige besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel (§ 100h StPO) 685

4. Akustische Überwachung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen (Der „kleine“ Lauschangriff, § 100f StPO) 686 – 688

5. Akustische Überwachung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes innerhalb von Wohnungen (Der „große“ Lauschangriff, § 100c StPO) 689 – 696

a) Materielle Anordnungsvoraussetzungen 690 – 694

b) Formelle Anordnungsvoraussetzungen 695

c) Fehler bei der akustischen Wohnraumüberwachung 696

6. Kontenabfrage/Ermittlungen bei Kreditinstituten 697 – 702

XIII. Übersicht Rechtsschutzmaßnahmen 703 – 705

Teil 7 Europäische und internationale Einflüsse

I. Grundlagen 708, 709

II. Rechtssetzungsbefugnis der EU und bedeutsame Rechtsentwicklungen 710, 711

III. Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) 712

IV. Europäisches Unternehmensregister 713

V. Der europäische Haftbefehl 714

VI. Strafrechtliche europäische Institutionen und der IStGH 715 – 726

1. OLAF (Office européen de lutte anti-fraude) 716

2. Europäische Staatsanwaltschaft (EU StA) 717 – 723

a) Örtliche Zuständigkeit der EU StA 718

b) Sachliche Zuständigkeit der EU StA 719

c) Ausübung der Zuständigkeit durch den EU StA 720

d) Das Ermittlungsprivileg der EU StA 721

e) Zuständigkeitsstreit und Rechtsmittel 722

f) Abschluss der Ermittlungen und weiteres Verfahren 723

3. Europol 724

4. Eurojust 725

5. IStGH 726

Teil 8 Die Vergütung

I. Grundsätzliches 727

II. Die besondere Problematik im Ermittlungsverfahren  
728 - 730

III. Die verschiedenen Grundlagen der Vergütung 731 -  
787

1. Die „gesetzlichen“ Gebühren des Wahlverteidigers  
733

2. Vergütung des Pflichtverteidigers 734 - 787

a) Pflichtverteidigergebühren nach dem  
Vergütungsverzeichnis des RVG 735 - 737

b) Höhere Vergütung 738 - 741

c) Muster einer Vergütungsvereinbarung bei  
Pflichtverteidigung 742

3. Die vereinbarten Gebühren des Verteidigers -  
Vergütungsvereinbarungen 743 - 767

a) Vorüberlegungen 743 - 745

b) Die Stundenvergütung 746 - 752

c) Die Pauschalvergütung 753

d) Das Erfolgshonorar 754 - 756

e) Die Form der Vergütungsvereinbarung 757 - 763

f) Muster 764 - 767

4. Einzelfragen 768 - 787

a) Kostenvorschuss 768

b) Erstattung von Verteidigungskosten durch Dritte  
769 - 772

c) Rechtsschutzversicherungen 773

d) Steuerrechtliche Behandlung von  
Verteidigungskosten 774 - 780

e) Geldwäsche und Verteidigerhonorar 781 - 785

aa) Vorgaben der Rechtsprechung des  
Bundesverfassungsgerichts 782 - 784

bb) Vorgaben des GWG 785

f) Mandatsniederlegung 786, 787

Literaturverzeichnis

Stichwortverzeichnis

# Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
Alt.	Alternative
a.M.	anderer Meinung
amtl.	amtlich
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
Art.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BAnz	Bundesanzeiger
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht

BayObLGSt	Entscheidungssammlung des Bayerischen Obersten Landesgerichtes in Strafsachen
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründung
Bek.	Bekanntmachung
Beschl.	Beschluss
betr.	betreffend
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	BGH-Rechtsprechung
BGHSt	Entscheidungssammlung des BGH in Strafsachen
Brand. VerfG	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DL-InfoV	Dienstleistungs-Informationspflichten- Verordnung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Zeitschrift)
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EG	Europäische Gemeinschaft, Einführungsgesetz
entspr.	entsprechend
erg.	ergänzend
etc.	et cetera
EuHB	Europäischer Haftbefehl
Eu StA	Europäische Staatsanwaltschaft
evtl.	eventuell

f., ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goldammer`s Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GrCh	Charta der Grundrechte der Europäische Union
grds.	grundsätzlich
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
Hess. VGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i.S.d.	im Sinne der/des
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JGG	Jugendgerichtsgesetz

JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Justiz	Die Justiz (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
Komm.	Kommentar
Kriminalistik	Kriminalistik (Zeitschrift)
krit.	kritisch
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
m.N.	mit Nachweisen
MRK	Europäische Menschenrechtskonvention
m.V.a.	mit Verweis auf
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
Nr.	Nummer
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht- Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
o.g.	oben genannt(e)
OLG	Oberlandesgericht

OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Prot.	Protokoll
PStr	Praxis des Steuerstrafrechts (Zeitschrift)
rd.	rund
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S., s.	Satz, Seite, siehe
s.a.	siehe auch
SächsVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen
SchlOLG	Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
sog.	sogenannte
s.o.	siehe oben
StraFo	Strafverteidigerforum (Zeitschrift)
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen